

ROTTENBLATT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Rotteblatt“ erscheint mit wöchentlichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Wäckerle 6. Fernsprech-Nr. 24605, 24607, 24608. Persönliche Kundenlieferung mittags von 11 bis 14 Uhr. — Inseratamt einseitigen Mannstretens ist stets das Rückporto beizufügen.

Verlagspreis monatlich 2,00 und 0,30 M. Beilagengebühr, insgesamt 2,30 M. für 10 Hefen wöchentlich 0,50 M. Verlagspreis 2,30 M. durch Postboten ausgestellt 2,50 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,00 M. — Einzelpreis 13 Pf. im Umkreis und 80 Pf. im Restgebiet der Reichweite. Hauptverlag: Dr. Wäckerle 6. Fernruf 24605, 24607, 24608. Postfach 20310 Erfurt.

Vor den Entschlüssen und Entscheidungen der Regierung Wirtschaftsbeirat am Ende Wieder Lohnsenkung? Veröffentlichung des Wirtschaftsprogramms am Wochenende

Der Wirtschaftsbeirat hat am Sonntag und Montag seine Verhandlungen abgeschlossen. Sie dienten der Vorbereitung eines Programms, durch das die Regierung versuchen will, Wirtschaft und Arbeitsmärkte zu reorganisieren. Mit der Veröffentlichung dieses Programms ist Ende dieser Woche zu rechnen.

Somit will die Regierung auf die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat zurückgreifen, ist ihre Sache. Sie hat sich, wie sie jetzt in einem Communiqué gesagt hat, während dieser Verhandlungen der Initiative enthalten. Sie übernimmt die Verantwortung für ihr Programm. Und anders kann es nicht sein. Aber die Reichsregierung hat durch die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates sicherlich einen tiefen Blick in die Verhältnisse getan, wie sie wirklich sind. Ein Auschnitt unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist während der Verhandlungen an den Mitgliedern der Reichsregierung vorbeigekommen: Industrie, Arbeiterchaft, Handel, Bankgewerbe, Landwirtschaft und Handwerk haben vorgebracht, was ihrer Meinung nach getan werden muß.

gibt auch, daß gerade in den Jahren nach 1927 die Anpassung der nach der Anflation aufrecht stehenden Löhne an die fallenden Preise erfolgte. Vergibt schließlich, daß kaum noch ein deutscher Arbeiter im Genuß eines Einkommens ist, das dem Lohnindex entspricht, vergibt den Abbau der Arbeitslosen, die Kurzarbeit und anderes mehr. Die Regierung will durch die Formel ausgleichen, daß mit den Löhnen die Preise abgebaut werden sollen. Sicherlich, man wird die hohen Zölle auf die Lebensmittelfuhr nicht aufrechterhalten können. Man wird an den Kartellpreisen und an dem Umfang der Markenerfolge nicht vorbeigehen dürfen. Wir halten beratige Maßnahmen im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung für ganz selbstverständlich, sofern um der Wirtschaft durch angemessene Preise neuen Antrieb zu geben.

Die Senkung der Befestigungskosten durch Rohabbau wird die Erwerbslosenheere nicht verringern, was der Reichspräsident aber in seinem Schreiben versprochen hat. Das wäre eine Lohnsenkung, die man nicht als sozial gerecht bezeichnen kann. Auch nicht als wirtschaftlich wirksam.

Wir hoffen angesichts der Ereignisse in England einer neuen Welle des Protektionismus gegenüber. Die Wirtschaften in der Welt werden sich weiter klären. Der Weltmarkt wird weiter zurückgehen.

Die Industrien in Deutschland, die Absatz im Ausland finden, werden mit Ausfällen rechnen müssen und sie können dafür nur Erfolg im Binnenland finden. Erfolg kann aber hier nur gefunden werden, wenn man die Kaufkraft nicht weiter malträturiert, sondern daran geht, sie wieder aufzufüllen. Aufträge müssen wieder für die Industrie geschaffen werden, damit der Industrieparagraf wieder ausgenutzt werden kann. Kaufkraft ist nötig, nicht nur Konsumverzierungen, die die Produktion vermindern und verteuern.

Hier muß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung antreten. Es gibt keinen anderen Weg, der dem Wort des Reichspräsidenten gerecht wird, der dem deutschen Volke in der neuen Notverordnung wirtschaftlich wirksame und sozial gerechte Maßnahmen versprochen hat.

Wahlwahlen ungültig? Anfechtung durch die Wirtschaftspartei

Das Thema Wahlwahlen ist gerade jetzt ein heißes Eisen. Die Heftigkeit der Wirtschaftspartei hat beschlossen, gegen die Wahlen zum Landtag Einspruch zu erheben, weil ihre Kandidatenlisten, die zu spät eingereicht wurden, zurückgewiesen worden waren. Die Wirtschaftspartei behauptet, daß damit die Verfassung verletzt worden ist. Es soll durch die Anfechtung der Wahl getätigt werden, ob eine Zurückweisung von Kandidatenlisten unter den gegebenen Umständen zulässig ist.

Die Geißlichkeit warn! Die Stimme der katholischen Bischöfe

Wochens, 21. November. (Eigenbericht.) Die katholische Geistlichkeit Groß-Pommern hat im Beisein des Bischofs von Vadersbarn eine Entschlüsselung an der Reichsregierung, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Geißlichkeiten und Stiefungen eine kaum mehr tragbare Verflechtung erfahren hat. Die als „vorzügliche Maßnahme“ ausgesprochene Massentilgung der Einzelarbeitsverträge werde von den Bergarbeitern als Vorbereitung zu einer unfriedlichen Lösung des Lohnstreits empfunden. „Daher“, so heißt es weiter, „warnen wir, getragen von dem Bewußtsein unserer Verantwortung für die unserer Seelsorge Anvertrauten, im Hinblick auf eine wichtige Radikalisierung der Bevölkerung des Ruhrgebiets auf das eindringlichste vor jedem einseitigen Schritt, der unabweisbar schlimme Folgen nach sich ziehen könnte. Wir bitten alle in Betracht kommenden Instanzen, die Verbände und die Staatsbehörden zur Verhütung dieser Gefahr rechtzeitig alles zu tun, was der schwergeprüften Bevölkerung des Ruhrgebiets eine neue unheilbringende Kraftprobe zu ersparen geeignet ist.“

Boncour erklärt den Austritt Um seine politische Handlungsfreiheit wiederzugewinnen

Paris, 21. November. (Eigenbericht.) Paul Boncour, dessen Wahl zum Senator am Freitag für rechtmäßig erklärt worden ist, hat in einem an den Generalstreiter der sozialistischen Partei gerichteten Brief offiziell seinen Austritt aus der sozialistischen Partei erklärt. Er schreibt u. a.: „Es ist zu klar, daß die Mehrheit der Partei in gewissen Punkten, die zwar nicht unsere Doktrin und unsere Ideale betreffen, durch die Umstände jedoch in den Vordergrund der politischen Aktualität gerückt sind, eine Stellung einnehmen, die der widerprüchlich, die ich als Delegierter Frankreichs in Genf verteidigt habe und auf die ich nicht verzichten kann. Unter diesen Umständen habe ich es für loyal gehalten und für angemessener, sowohl im Interesse meiner früheren Wähler in Carnaux wie im Interesse der Partei, beiden Organisationen das Mandat, das sie mir anvertraut haben, zurückzugeben, und ein anderes anzunehmen, das mir, ohne meine sozialistische Überzeugung zu ändern, erlaubt, ohne Nachteil für die Einigkeit der Arbeiterklasse meine Handlungsfreiheit und Abstimmungsrechte wiederzugewinnen. Unsere Kameraden in Carnaux haben sich damit einverstanden erklärt und in einer entsprechenden Entschlüsselung das zum Ausdruck gebracht. Ich möchte, daß auch unsere Kameraden von der Partei die Gründe, die meine Handlungsweise veranlaßt haben, verstehen und würdigen.“ Zum Schluß erklärt Boncour, er habe mit seinem Austritt keine Konflikte innerhalb der Partei vermeiden wollen.

Wir haben sicherheit dabei kein Blatt vor den Mund genommen.

Die Meinungen sind klar aufeinandergeplatzt. Während der Verhandlungen gab es einen kleinen Betriebsunfall. Die Landwirtschaft hat nicht mehr, weil man ihre keine Erwartung hatte, die zu rückgewiesen worden waren. Die Wirtschaftspartei behauptet, daß damit die Verfassung verletzt worden ist. Es soll durch die Anfechtung der Wahl getätigt werden, ob eine Zurückweisung von Kandidatenlisten unter den gegebenen Umständen zulässig ist.

Ein Hitler-Gruß an das Zentrum Die Neue wird wieder losgelassen

Die Nazis haben Herrn Hugenberg den Gehör vor die Tür gesetzt. Herr Goebbels hat in einer Sportplatzversammlung am Freitag kalt erklärt, sie brauchten keine Bundesgenossen. Dem Zentrum gegenüber wurden sie äußerst maßlos. Herr Esser erwiderte: „Niemand von den Parteigenossen braucht Angst zu haben, daß die politische Säuberungsfaktion durch die NSDAP, aufgeführt in dem Augenblick, wo diese Säuberung erst infanterisch wird, und es soll auch niemand glauben, daß wir mit der Säuberung aufhören in dem Augenblick, wo unsere Botenlinie an das Zentrum herankommen. Wir alten Nationalsozialisten haben lange genug in Bayern gelebt, um gut zu wissen, daß man zuerst den schwarzen Dreieck ausrotten muß, daß man zuerst die schwarze Haut wegnehmen muß, um an den roten Bauernschichten heranzukommen.“

Herr Goebbels konstatierte mit dem Satz: „Wir werden diesen feigen Konfessionsbeleidigungen auch die Heuchelei austreiben, als verächtlich die das Anterelle der katholischen Kirche.“

Während der Gespräche über eine Kooperationsmöglichkeit Hitler-Brüning wurden die Mitglieder in der NSDAP an der Reihe gehalten. Jetzt werden sie wieder losgelassen.

Seit Jahren ist in den Kreisen der französischen Partei die Frage wiederholt erörtert worden, ob es nicht im besten Interesse Interesse liegen würde, wenn Paul Boncour den Trennungstreue vollziehen würde. An seiner persönlichen Rechtfertigung ist nie gemangelt worden, aber seine Auffassungen, ganz besonders in der Frage der Abrüstung, wurden in der französischen Partei und erst jetzt in der Sozialistischen Internationale allgemein als eine Belastung empfunden. Deshalb wird, bei aller Würdigung seines Talentens und seines guten Glaubens, dieser endlich erfolgte Austritt Paul Boncours in sozialistischen Kreisen wohl nirgends bedauert werden.

Als der Wirtschaftsbeirat zusammentrat, hat der Reichspräsident an dem Reichstangler einen Brief gerichtet, in dem das kommende Wirtschaftsprogramm wie folgt gekennzeichnet wird: „Es sollen Maßnahmen sein, wirtschaftlich wirksam und sozial gerecht, Maßnahmen die zur Verminderung des Erwerbslosenheeres beitragen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung der Lebenshaltung lenken.“ Das kann jeder unter verstehen. Und das sollte ein Wort sein, an dem es nichts zu rütteln gibt.

Berufsmäßige Aufschneider Hat Fried die Schulden in Thüringen bezahlt?

Ueber diese Frage hat sich der Finanzminister Baum (Saundbun) in zwei großen Landtagsreden in Hilburgshausen und Eisenberg geäußert.

Baum erzählte in bezug auf die Finanzlage Thüringens seinen Zuhörern folgendes:

... Sie haben auf Grund der Notverordnung den thüringischen Staat in Ordnung gebracht. Heute, im November, liegt bereits wieder ein Fehlbetrag von 3 Millionen Mark vor. ... Seit Verabschiedung des Haushaltsplans am 30. Mai d. J. beträgt für Thüringen der Ausfall an Reichseuerein 15 403 300 Mark. ...

Ja, wenn das Märchen Wahrheit wäre, daß Dr. Fried sämtliche Schulden in Thüringen beglichen hätte, dann ließe es sich heute als Finanzminister in Thüringen gut leben. Aber Tatsache ist, daß, solange Dr. Fried in der thüringischen Regierung war, auch nicht ein Pfennig Schulden getilgt worden ist. ...

Eigentlich müßte alles, was wirtschaftlich wirksam wäre, auch sozial gerecht sein. Aber hier schwanken die Begriffe und die kapitalistische Welt ist niemals eine vollkommene Welt gewesen. Wichtig ist, daß man die Wirtschaft in dem Maße anheben kann, wie sich Kapital bildet. Es ist aber ein sehr großer Unterschied, ob sich dieses Kapital bei einzelnen Großfirmen und bei einzelnen Großfabriken bilden oder bei der Gesamtheit des Volkes, ob man die breiten Massen an dem Mehrertrag unseres Wirtschaftenspartes, den der deutsche Arbeiter durch die während der letzten Jahre eingetretene Weltwirtschaftskrise erlitten hat, beteiligt oder nicht, ob es die soziale Gefahr der berechtigten Zeitgenossen der bestehenden Klasse gibt, die ein unzureichendes Lohnpotential schaffen, oder Wäckerle, die am Wohlstand der Nation entsprechend ihrer Arbeitsleistung partizipieren und Wäckerle jenes Sportplatzes sind, das jede gesunde Wirtschaft zu ihrer Entfaltung braucht. Schließlich geht es ja um diese Fragen. Und diese Fragen sind Fragen des Bestandes der Nation.

Der Vorhang fällt Hugenberg will der Wirtschaftspartei nicht antworten

Die Industriellen der Wirtschaftspartei aus den Verhandlungen, die ihre Vertreter mit Hugenberg vor der letzten Reichstagsagung geführt haben, werden von der deutschnationalen Pressestelle mit einer laienhaften Erklärung beantwortet, in der es heißt: „Die fortigen in der Erklärung enthaltenen allgemeinen Andeutungen sind unzutreffende Wiedergaben über die fortgeführten Unterredung. Es lohnt nicht, sich im einzelnen mit der Erklärung zu beschäftigen.“

Die deutschnationalen Pressestelle läßt also den Vorhang über die für Hugenberg so kennzeichnenden und blamablen Verhandlungen fallen.

Die deutsche Arbeitererschaft verlangt mit dem kommenden Wirtschaftsprogramm einen generellen Lohnabbau. Man spricht davon, daß man die Löhne auf den Stand von 1927 zurückführen will, weil der Lebenshaltungsinde ungenügend auf den Stand des genannten Jahres liegt und der Lohnindex darüber.

Diese Rechnung vergibt, daß gerade in den Jahren nach 1927 sich die Leistung des deutschen Arbeiters stark gesteigert hat. Sie ver-

Angesichts dieser Tatsache muß man sich wirklich wundern, wie die Nazis in ganz Deutschland die Lüge verbreiten konnten, daß ihr Fried das Land Thüringen von seinen Schulden befreit habe.

Kampf dem Terrorismus!

Breitscheid ruft die Reichsregierung zur Aktivität

Am Sonnabend war der Große Saal im Glou in Berlin von Republikanern gefüllt. Der Disputieren Berlin-Steinberg des Reichsbanners Schmarz-Pr. G. G. hatte zu einem Republikanischen Herbstfest eingeladen. Mit Beifall begrüßt wurde eine Abordnung der G. S. G. P. J., die die innige Verbundenheit der republikanischen Polizei mit dem Reichsbanner demonstrierte.

Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid hielt eine politisch bedeutsame Festansprache. Er erinnerte zunächst an die Gründungsstage des Reichsbanners. Den republikanischen Farben zur Achtung zu verhehlen wurde das Reichsbanner gegründet. Und dieser Aufgabe ist das Reichsbanner, das sich mehr und mehr zu einer republikanischen Garde entwickelte, in dankenswerter Weise gerecht geworden. Heute ist dazu noch die Abwehr gegen den Vagabundier gekommen. An das Ausland richtete Genosse Breitscheid die Mahnung, wenn es den deutschen Chauvinismus als eine Schöpfung des Friedens empfinde, dann solle es Deutschland gegenüber eine Politik treiben, die dem Nationalismus des Westens von der Wiehle nimmt. Breitscheid bezeichnete Preußen als die rühmliche Ausnahme unter den deutschen Völkern, das energisch gegen den Terror von rechts und links Front gemacht hat. An anderen deutschen Freistaaten und in der Reichsregierung vermessen wir diese energische Abwehr noch. Die Reichsregierung darf die Augen nicht verschließen gegen den Terror von rechts, die Unruhefaktoren sind nicht allein bei den Kommunisten zu suchen. Es ist zwar nicht ohne weiteres anzunehmen, daß die militärischen Vorbereitungen der S. L. einen dahinsiegender Ruf erwarten lassen, aber das Bürgerium wird durch diese Vorbereitungen mehr und mehr eingeschüchtert. Die Reichsregierung jedoch begnügt sich zu fragen, ob man eine Regierung noch unterstützen oder ablehnen soll, die sie nicht mehr in Schutz nimmt gegen ihre Feinde. Die Gefahr wäre geringer, wenn die Arbeiterklasse einig wäre, aber wir sind leider davon weit entfernt.

Ich habe vor kurzem in Darmstadt in einer Rede, deren Inhalt vielfach unrichtig wiedergegeben worden ist, ausgesprochen, daß, wenn die Kommunisten entsprechend dem Beschluß ihres Zentralkomitees sich in A. S. O. L. und Pragis vom Aufschwung und Terrorismus abwenden, damit eines der zahlreichen Hindernisse beseitigt ist, die zur Zeit noch einen gemeinsamen Abwehrkampf vor Arbeiterklasse gegen den Faschismus im Wege ständen. Das hat

der Reichsregierung genügt, um von einem Bündnisangebot an die Kommunisten zu fabeln, aber es hat auch dem Zentralorgan der Kommunisten genügt, um ihm aufs neue Anlaß zu geben, die Sozialdemokratie als den Hauptfeind der Arbeiterklasse und ihre Führer zu verfluchen. Diese Teile der Arbeiterklasse haben offenbar die Gefahr, die von dem Faschismus droht, in ihrem ganzen Umfang noch nicht begriffen. Ich fürchte, sie werden sie erst begreifen, wenn es zur Abwehr zu spät geworden ist, wenn die Freiheit der Rede und Presse zerstückelt ist, wenn nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse vernichtet sind!

Wir untererseits halten es für unsere Aufgabe, alles daran zu setzen, diese Katastrophe zu verhindern. Diesen Zweck habe ich und hat die Politik, die die Parteien der Linken mit Ausnahme der Kommunisten seit einem Jahr getrieben haben. Schwere Opfer sind uns zumutet worden. Aber wir haben sie auf uns genommen, um noch viel schwerere zu verhüten. Wie lang diese Politik fortgesetzt werden kann und ob sie zum Erfolg führt, läßt sich heute nicht sagen. Eine der Voraussetzungen ist, daß die Regierung eben den Kampf gegen den faschistischen Terrorismus energisch führt. Eine andere, daß sie in der wirtschaftlichen Not nicht fortfährt, die Hauptlasten dem arbeitenden Volke aufzuerlegen. Wenn in dieser Beziehung die Regierung die Warnungen, die wir aussprechen, zu leicht nimmt, so wird der faschistische Reichstangler doch die Wohnungen nicht in den Wind schlagen, die gerade jetzt der

Katholische Klerus des Ruhrgebietes gegen weitere Lohnsenkungen

ausgesprochen hat. Wenn es erst um die Erhaltung der Republik und ihrer Verfassung ist, der hat die Pflicht, die Lasten derjenigen Schichten zu erleichtern, die die besten und die einzig fruchtigen Stützen der Republik und dieser Verfassung sind.

Zum Schluß richtete Breitscheid einen Appell an alle, sich dem Reichsbanner anzuschließen und sich im Kampf für die Republik zur Verfügung zu stellen. Alle Kräfte müssen mobil gemacht werden, damit wir den Kampf (gleichzeitig zu Ende führen können!

Braufender Beifall unterbrach diese Mahnung an alle und gab gleichzeitig zu erkennen, daß die Massen den Ernst der Lage durchaus verstanden haben.

Ladendorffs Schwanengefang

Nicht Schidjal, sondern Schuld!

Die Zeitschrift „Das Grundeigentum“ ist das Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer. Vorhänger des Bundes ist Herr Ladendorff. In der neuesten vom 22. November datierten Nummer der Zeitschrift finden wir die amtliche Mitteilung über den Rach der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, dazu die folgende reaktionäre Äußerung:

„Es handelt sich bei den rund 36500 Einlegern der — in erster Linie wohl infolge der katastrophalen Realverfallung illiquide gewordenen — Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A. G. ausschließlich um die Verhältnisse der Realverfallung. Die Reichsregierung hat bisher in großzügiger Weise die Großen einlagen bei gefährdeten Großbanken garantiert. Wir halten es für eine absolute Selbstverständlichkeit, daß die Reichsregierung jetzt auch den unvergütet länger gefährdeten Mittelstandsfreien unmissammenfassende Hilfe leistet.“

Das Verdrehen wird mit Hilfe der „katastrophalen Realverfallung“ vertuscht, und laut schreien die Namen Ladendorffs nach der Reichshilfe. Vom Direktor Seiffert und seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Ladendorff schweigen sie kein Wort!

In dieser Nummer finden wir weiter einen Bericht über eine Vereinsversammlung des Grundeigentums Südwest und Süd e. B. vom 22. Oktober 1931. Wir lesen:

„Der Vorleser begründet abhandelt den Bundesvorsitzenden Herrn Landtagsabgeordneten Ladendorff, der unmittelbar darauf das Wort zu seinem Vortrag über das Thema „Nicht Schidjal, sondern Schuld!“ ausnimmt. Der Vortragende unterzieht die gegenwärtige Lage einer ausführlichen Besprechung und beleuchtet die Verschwendungspolitik, die zu dem jetzigen Zustand geführt hat. Des näheren geht er auf die Zwangswirtschaft ein und gibt ein Bild des plan- und maßlosen Wohnungsbauens auf Kosten des Miethausbesitzers. Als eines der schwierigsten Probleme bezeichnet der Redner die Aufhebung der Haussteuer. Die temperamentallosen Darlegungen des Herrn Landtagsabgeordneten Ladendorff werden mit für mich dem Beifall aufgenommen, dem sich der Vorleser mit besonderen Dantesworten anschließt.“

Nicht Schidjal, sondern Schuld — wie ganz anders würde dies Thema heute auf die Betroffenen einwirken, und die Temperamentsausbrüche Ladendorffs über die „Verschwendungspolitik, die zu dem jetzigen Zustand geführt hat“, würde nicht gerade „besondere Dantesworten“ hervorgerufen!

Dies letzte Stück verlogener Agitationspolitik gegen die öffentliche Wirtschaft ist inzwischen durch die Aufhebung des Verdrachens gebrandmarkt.

Nicht Schidjal, sondern Schuld — das war der Schwanengefang Ladendorffs.

Herr Ladendorff wird zwar in dieser Nummer noch als Referent für zwei weitere Veranlassungen am Mittwoch und am Freitag angeführt. In der einen soll er sprechen über das Thema „Nicht Schidjal, sondern Schuld“. In der anderen soll er sprechen über „Eigentum und Volksernährung heraus aus dem Chaos“. Wie schon früher er dabei über Veranbarung durch ungetreue Bankdirektoren und Aufsichtsratsvorsitzenden sprechen!

Wir, wir nehmen an, daß er zu diesen Referaten nicht mehr kommen wird. Nicht nur, weil er dort stehen wird, sich nicht mehr blicken zu lassen, sondern vor allem, weil wir hoffen, daß er bis dahin Bekanntheit mit dem Untersuchungsgefängnis gemacht haben wird!

Wie die W. B. Handelsdienst erzählt, ist Direktor Edernberg, Abteilungsleiter bei der Dresdner Bank, Berlin, in den Vorstand der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A. G., Berlin, delegiert worden.

Totengedenken des Reichsbundes

Eine republikanische Feier im Reichstag

Der republikanische Reichsbund der Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundten beging in Berlin am Donnerstag eine würdige Feier zum Gedenken der Toten des Weltkrieges. Der Bund, der im Reich über 500 000 Mitglieder zählt, hatte dazu in den Plenarsaal des Reichstages eingeladen, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Reichstagspräsident Lobe und andere offizielle Persönlichkeiten waren gekommen, um mit dem Reichsbund der Kriegesopfer zu gedenken. Die Feier wurde auf zahlreiche Rundfunkübertragungen übertragen. Beethovens Ode, Gelänge und Reglements (Liedern) der Rede des ersten Bundesvorsitzenden Christoph Pfänder eine weihnachtliche Stimmung. Die ganze Rede war ein wirkungsvolles Bekenntnis zum Kampfe um den Frieden: „Wie die deutsche Nation in ihren verschiedenen Stämmen Zweiert und Krieg überwunden hat, wie sie in eine neue Welt tritt, so ist es bei rechtem Willen möglich, daß alle Nationen in der Welt in Frieden und gegenseitiger Ergänzung nebeneinander und miteinander leben.“ Die Feier, an der ausfallend viele Kriegesopfer teilnahmen, dauerte eine knappe Stunde.

Die Pensionstürzung

Reichsbund und Reichsbank werden eingeschlossen

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Einzelberatung des Entwurfs eines Pensionstürzungsgesetzes, der im Dezember 1930 vom Finanzministerium eingebracht wurde, (sicherlich nicht zur Erleichterung kam und teilweise in die dritte Verordnung vom 6. Oktober 1931 übernommen worden ist. Sollte der jetzt zur Beratung stehende verfassungsändernde Entwurf mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen werden, so würde damit der entsprechende Abschnitt der dritten Notverordnung außer Kraft gelegt sein.

Wie die B. M. n. (S. G.) als Berichterstatter macht darauf aufmerksam, daß mit dem § 1 festgelegt wird, daß Pensionen beim Beginn von sonstigen Einkommen zu kürzen sind.

Der entscheidende § 1 wird in erster Lesung ohne Debatte und ohne Widerspruch (auch die Deutschnationalen widersprechen nicht) angenommen.

Zum § 2 wird ein sozialdemokratischer Antrag mit großer Mehrheit gegen die Deutsche Volkspartei angenommen, der Reichsbund und Reichsbank in das Pensionstürzungsgesetz mit einschließt.

Die Regierungsvorlage sieht vor (§ 5), daß Nebeneinkommen bis zu 6000 M. jährlich bei der Pensionstürzung außer Betracht bleiben sollen. Dieser Satz wird nach sozialdemokratischem Antrag auf 4000 M. herabgesetzt.

Das ist unsere Justiz!

Ein kraffes Tendenzurteil

Böswillige Beschimpfung und Verächtlichmachung der preußischen Staatsregierung bleibt strafbar

Die vierte große Strafkammer beim Landgericht I hat Sonnabend unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Stöckel ein Urteil gefällt, das in republikanischen Kreisen die stärkste Entrüstung auslösen muß. Es wurde verhandelt über die Berufung des Major A. D. Wagner und des Redakteurs Reinhold von der „Stahlhelm-Zeitung“. Beide waren in erster Instanz wegen Beleidigung des preußischen Staatsministeriums mit 800 und 400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Sie sind verantwortungsvoll für den Artikel in der „Stahlhelm-Zeitung“ vom 5. April 1931, der zum Volksbegehren aufrief. In diesem Aufsatz war der preußischen Staatsregierung nachgelagt worden, sie habe den Verfall der Ostprovinzen auf dem Gewissen; sie habe den Ruhrkampf fabuliert; sie sei ein lächerlicher Verbündeter Frankreichs und Potens; sie werde stets in ihrem Haß gegen die heilige Regung der Nation Volk und Reich zu entmachten suchen.

Die Große Strafkammer hat mit der Begründung, daß beiden Angeklagten die Wahrung berechtigter Interessen zuzugestehen sei, beide Angeklagte freigesprochen!

Wegen dieses Urteils war seinerzeit die Zeitschrift „Der Stahlhelm“ verboten worden. Das Reichsgericht hat seinerzeit das Verbot gebilligt. Es hat in der Begründung seines Beschlusses ausgeführt:

„Die hier der gegenwärtigen preußischen Regierung gemachten Vorwürfe sind die denkbar schwersten, die einer Staatsregierung überhaupt gemacht werden können. Es bedarf keiner weiteren Ausführung und Begründung, daß die hervorgerufenen Stellen des Artikels eine äußerst schwere Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des preußischen Staatsministeriums enthalten, die an sich ein längeres Verbot der Zeitung erforderlich wären.“

Dennoch hat jetzt ein preußisches Gericht der preußischen Staatsregierung den Rechtsschutz gegen diese äußerst schwere Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung verweigert! Dies Urteil ist ein ausgesprochenes Tendenzurteil, das den Glauben an die Objektivität der Justiz unbedingt zerstören muß. Gegen dies Urteil wird die Staatsanwaltschaft Revision einlegen. Die Republikaner aber werden sich dies Urteil merken. Hier ist einer jener Fälle, wo niemand mehr an die Unschonbarkeit der Richter glaubt, die bei diesem Urteil mitgewirkt haben. Der einfache Mann auf der Straße wird einfach, aber richtig empfinden, daß ein solches Urteil einer neuen Beschimpfung der preußischen Staatsregierung gleichkommt!

Um den Auswärtigen Ausschuß

Fried soll als Vorsitzender abgesetzt werden

Die Kommunisten hatten kürzlich wegen des Konflikts in der Mandaturrei den Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages beantragt. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses war bisher der nationalsozialistische Abgeordnete Fried, sein Stellvertreter ist der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann. Als der Abgeordnete Fried Zugang zu einer Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag nicht zu bewegen war, hat sein Stellvertreter Scheidemann die Fraktionen aufgefordert, ihm mitzuteilen, wie sie zu dem kommunistischen Antrag ständen. Erst daraufhin hat Fried dem Reichstagspräsidenten mitgeteilt, daß er die verlangte Einberufung des Ausschusses ablehne, weil er ein dringliches berufliches Interesse daran nicht erkennen vermöge. Außerdem hat aber Fried doppelte Verwahrung eingelegt, daß etwa an seiner Stelle der stellvertretende Vorsitzende den Ausschuß einberufen, weil dieser nur bei Einberufung des Vorsitzenden tätig werden könne. Eine solche Behinderung liegt nicht vor, auch besteht nach der Geschäftsordnung keine Verpflichtung zur Einberufung des Ausschusses.

Diese Rechtsauffassung des Herrn Fried ist in jeder Beziehung falsch. Die Nationalsozialisten haben am 16. Oktober das „Verlassen dieses Hauses“, also des Reichstages, angekündigt. Sie haben zugleich die Arbeit in allen Ausschüssen des Reichstages eingestellt. Es geht selbstverständlich nicht an, daß die Nationalsozialistische Partei nun einfach die Arbeit derjenigen Ausschüsse lahmlegt, in denen sie den Vorsitzenden stellt. Nichtbeteiligung an der Arbeit der Ausschüsse ist selbstverständlich zugleich Verzicht auf die Funktion in den Ausschüssen. Abgesehen davon kann auch ein Vorsitzender des Zusammentrittes eines Ausschusses nicht verhindern, wenn der Zusammentritt von großen Parteien gefordert wird, zumal, wenn das zulässige Refort der Reichsregierung mit ihm einverstanden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion hat jedenfalls auf die Anfrage des Abgeordneten Scheidemann geantwortet, daß sie für die Einberufung des Ausschusses ist, um die mandatarische Frage zu besprechen, und daß sie zugleich wünscht, daß zur Verhinderung weiterer Sabotageversuche der Auswärtige Ausschuß einen neuen Vorsitzenden an Stelle des Herrn Fried wählt.

Wohnungsausschuß setzt Fabricius ab

Neuer Vorsitzender an Stelle des unmöglichen Dafenkreuzlers

Der Wohnungsausschuß des Reichstages wählte am Sonnabend an Stelle seines bisherigen nationalsozialistischen Vorsitzenden Dr. Fabricius, der sich mit seiner Fraktion weigert, an den Ausschüßsitzungen teilzunehmen, mit neun gegen fünf Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen den sozialdemokratischen Abgeordneten Lipinski zum Vorsitzenden.

Gegen die Vornahme der Wahl durch Mehrheitsbeschluß des Ausschusses protestierten die Kommunisten, weil dadurch der bisher übliche Turnus durchbrochen werde, der jeder Partei nach Maßgabe ihrer Stärke und der Anzahl der Reichstagsabgeordneten ihre Vorrechte in den Ausschüssen nach objektivem Zahlenfaktum sichere. Durch Übergang dieser turnusmäßigen Bestimmung des Wohnungsausschusses jeder Partei werde den Kommunisten überhaupt keine Möglichkeit genommen, in den Ausschüssen einen Vorstoß zu erlangen. Die Angelegenheit wird noch einmal im Mittelrat des Reichstages zur Beratung kommen. Vorläufig übernahm Uta Lipinski entsprechend dem Mehrheitsbeschluß des Ausschusses den Vorsitz.

B. B. 3. Ausschuß: 7. Dezember

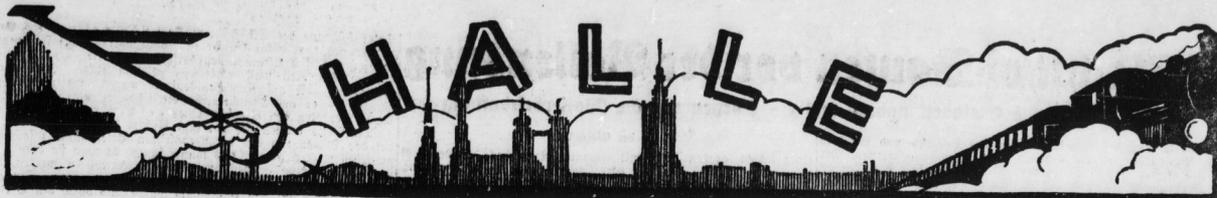
Nach Basel einberufen

Wie die Schweizerische Deutschnationalen erzählt, wird der Beratende Sonderausschuß der B. B. 3. dessen Einberufung von der deutschen Regierung am 19. November beantragt wurde, am 7. Dezember in Basel, am Sitz der Bank, zusammenzutreten.

Berater Dr. Carl Melchior

Der Reichspräsident hat Dr. Carl Melchior, Hamburg, zum Mitglied des beratenden Sonderausschusses bei der B. B. 3. ernannt.

Die amerikanischen Privatgläubiger haben den Bankier Albert Wiggin zu ihrem Vertreter im Ausschuß bestimmt, der über die Stillhaltungsfrage mit dem Deutschen Schuldnerausschuß verhandeln soll. Wiggin, der bereits im September den Vorsitz im Berliner Komitee führte, das nach ihm benannt wurde, wird nach Berlin reisen.



Lange Abende

Nun sind die langen Abende wieder gekommen. Die Abende, an denen der Wind um das Haus faust, die Kälte flirrend in den Straßen steht und das Feuer im Ofen flüstert und flüstert.

Früher sah man an solchen Abenden am Spinnrocken. Dann wurden Geschichten erzählt vom wilden Jäger und der Jungfrau mit dem goldenen Haar.

Der Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts lauscht dem Radio. Die Füße gegen den Ofen gestemmt, lauscht er den Geschichten aus allen Teilen der Welt!

Achtung, Achtung! Hier ist... Draußen faust der Novemberwind heulend ums Haus...

Verbilligte Kartoffeln der Arbeiterwohlfahrt

Es konnten unter vielen Wägen noch einmal 300 Zentner Kartoffeln beschafft werden; sie gelangen am 26. und 27. November zur Ausgabe.

Am Dienstag wird die Arbeiterwohlfahrt auch Kohlen zu verbilligten Preisen abgeben. Die Voraussetzungen sind schon lange im Gange.

Am Mittwoch Schiedsgericht

in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Nachdem in den Lohnverhandlungen der mitteldeutschen Metallindustrie erst vor kurzem die Vorverhandlungen in Leipzig ergebnislos verliefen, tritt nunmehr am Mittwoch die Schiedskammer zur Fällung eines Schiedsspruches zusammen.

Preußens Richter tagten in Halle

Der Preussische Richterverein, die Ständevereinigung aller höheren preussischen Justizbeamten, trat am Sonnabendvormittag zu seiner diesjährigen Tagung in Halle zusammen.

Die Ausführungen des Vertreters der Anwaltschaft richteten sich, begrifflicherweise, gegen die Rechtsvereinfachungen für die Anwaltschaft durch die sogenannte Rechtsreform der letzten Zeit.

Der Geschäftsbereich Landesgerichtsdirektor Dr. Schmidt beschäftigt sich eingehend mit den Gehaltsfragen der letzten Zeit. Am Sonntag wurde die Tagung, die sich in der Hauptsache mit reinen Lebensfragen befaßt, fortgesetzt.

Sipo als Feuerwehre

Es brannte, als niemand zu Hause war.

In einem Hause der Reifstraße war gestern nachmittags in Abwesenheit der Wohnungsinhaber ein Stubenbrand entstanden. Drei Flammen ergriffen mehrere Möbel und die Fenstervorhänge.

Arbeit für den Rostfänger. Heute früh wurde an der Ecke Röhrener- und Brachwitzer Straße in Köpcke auf den Schienen der Transportbahn der Eisenbahn (Hauptbahnhof) ein Gefährtes von Seite der Betriebsleitung von einer Woge erfasst und gestört.

ESD, Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsversammlungen statt:

- 1. Ortsgebiet: Lokal Reichsbahn, Trotha. Reichstagsabgeordneter Genosse Peters spricht über das Thema: "Wo steuern wir hin?"
2. Ortsgebiet: In Wälders Restaurant, Köpcke.
3. Ortsgebiet: Lokal Genosse, Wäldersstraße. Vortrag mit Lichtbildern.

Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen zahlreich zu erscheinen.
Frauenversamml. Dienstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im Köpcke. Lichtbildvortrag über Frauenarbeiten.

Vom „Roten Proviantamt“ zum Krämerladen

Kommunistische Leihbibliothek im RAB.

Ertinger und Bertel als Konkurrenten des Roten Arbeiterkonsums - Konkursverwalter und Gläubigerausschuss schlagen Verzicht auf Einziehung der Lastsumme vor

Im Konkursverfahren des R.A.B. Halle und Umgegend fand am Freitag im Schwurgerichtssaal des Amtsgerichts eine Gläubigerversammlung statt, in der Konkursverwalter Adolf Mandel (Berlin) Bericht erstattete.

Notizen von 20 000 RM. (Warenbestände und Inventar) stehen Passiven von 2 266 000 RM. gegenüber.

Die Pleite ist so ungeschicklich, daß der „Rostentempel“ diese Zahlen in seinem Bericht über die Verammlung seinen Lesern mitgeteilt hat. Mandel unterbreitete der Versammlung dann den Vorschlag des Gläubigerausschusses, das Verzicht zu erlassen, von dem Einziehung der Lastsumme bei den Mitgliedern abzusehen, da diese Maßnahmen sehr wenig Erfolg für die Gläubiger des R.A.B. erbringen würde.

Das Verzicht wird dem Erlaßern posthac nachkommen. Daß die Ausbeute die sich aus der Einziehung der Lastsumme ergeben hätte, tatsächlich sehr gering wäre, geht aus dem Umstande hervor, daß die Mehrzahl der R.A.B.-Mitglieder heute erwerbslos ist, bzw. daß die Forderungsgrenze des Lohnes bzw. Gehaltes bis 100 RM. liegt.

Während die geprellten Mitglieder und Gläubiger des R.A.B. Klagen den Trümmern aufstehen, den kommunistische Verbotsentscheidungen, verurteilen die an dieser Politik Beratenden ein neues Verbrechen an der Arbeiterschaft zu inszenieren.

Auf dem Reichentempel des R.A.B. aber erhebt allerlei Kränkung und sucht sich in den Unterleuten der Pleite gesunden zu machen. Eine Reihe von Lagerhaltern des R.A.B. hat sich nämlich die mit den Größen der R.A.B.-Mitglieder angelegten Leihen ausgeliehen. Die „revolutionären“ Genossenschaftler betätigen sich nunmehr in diesen Geschäften als Privatkaufleute.

Lohnbuchhalter Kremler

Ein Film von der Not der Arbeitlosen

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltete am Sonntag im großen Saale des „Volksplatz“ einen Filmabend, der sowohl in der Nachmittags- als auch in der Abendvorstellung sehr gut besucht war.

Als Hauptfilm lief „Lohnbuchhalter Kremler“, ein Wildstreifen, der die ungeschickte Arbeit der Arbeitslosen einbringlich vor Augen führt und in seiner ausgeprägten Gestaltung zum Nachdenken anregt.

Gegner jedes genossenschaftlichen Zusammenflusses der Arbeitnehmer sind. Reiner stellt der „Rostentempel“ fest, daß in diesen neuen Leben die ältesten kapitalistischen Geschäftsmethoden angewandt werden: Rabatt- und Zugabewesen und daß sie dadurch jeden genossenschaftlichen Grundgedanken wiedereingepflanzen.

Aber nicht nur gegen die ungeschickten Lagerhalter richtete sich diese Kritik, sondern auch gegen eine weitere Kränkung und mit der sich der Konsumgenossenschaftler Karl Ertinger abmüht. Auch er hat eine eigene Firma eröffnet.

Diese neue Firma schied an privatkapitalistische Großhandelsfirmen ein vertrauliches Schreiben, in dem dieser neue Lebensmittellieferer „Migros“ die privatkapitalistischen Großhandelsfirmen um Dürftigen, billigen Preise und Warenrechte anbettelt.

In der Zentrale dieser „Migros“-Unternehmungen, die man in Gwidau, Magdeburg, Plauen, Bremen und Halle errichtet will, wird, wie in dem Schreiben zu lesen ist, Herr Karl Ertinger sitzen.

Sier geschieht also im großen daselbe, was im Kleinen die Lagerhalter begehen: Mißbrauch der kommunikativen Arbeiterschaft, der noch immer nicht ein Licht über den wahren Kern der Geschäftstätigkeit der alten Konsumbankrottens aufging, zu verlässlichen Parteien und Auslieferung genossenschaftlicher Organismen an privatkapitalistische Unternehmen.

Kremler ist entlassen. Mit ihm noch eine ganze Reihe anderer Angestellter. Und Kremler geht auf die Suche nach Arbeit. „Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit!“

Rein Rabudeln hilft mehr.

Kremler ist entlassen. Mit ihm noch eine ganze Reihe anderer Angestellter. Und Kremler geht auf die Suche nach Arbeit. „Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit!“

Der Film gibt ein eindringliches Bild von der Not der Arbeitlosen, von der großen Verzweiflungssituation, die sie beherzt, wenn sie so Monate und Jahre aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen sind, während vollkommene Überflüssigkeit in den großen Betrieben des Weltgeschäfts.

Viele Wenig machen ein Ziel

Die öffentlichen Finanzen ständen besser, gäbe es nicht so viel Steuerbetrüger

Das Finanzamt spielt in dem Repertoire so genannter „Humoristen“ immer noch eine Rolle, und wenn es von ihnen ermahnt wird, dann wehrt die „Kunstgemeinde“ ihren Sittlichen, wo diese „Humoristen“ ihren „Geist“ produzieren. Steuerhinterzuler sind ja gewiß keine angenehme Sache, das merkt man am besten im Parlament, wo gerade die Steuererläuterer immer sehr unstritten sind, da jeder „Interessentenklub“, wie ein Minister die Parteien so finzig genannt hat, die Steuern von seinen Wählern abwählen möchte.

Sind nun die Steuern beschaffen und geht es aus Einzelnen derselben, dann folgt dem offenen Kampfe die Retirade, auf Schlechtes, heimlich, still und leise. Da werden — bei den Großen, die öffentlich Rechenschaft über ihre Einnahmen ablegen müssen — die Bilanzen freier. Man hat in dieser Kunst etwas weg, Industrieunternehmen haben danach nur kleinen Gewinn, Wirtsgutsbesitzer erzielen keinen Überschuß, sondern legen — bei schwerer Arbeit des Herrn Wirtsgutsbesitzers — noch etwas drauf. Und wie die Großen, so treiben es die Kleinen, besonders dann, wenn eine besondere Durchführung erforderlich ist. Wer im Steueranspruch sitzt, kann was davon erzählen. Da lautet man, daß der Gemeindefiskus, der ein Privatleben führt, das nach Wohlstand ausseht, bei der Steuererklärung behauptet, sein Jahres Einkommen habe nur wenige tausend Mark betragen. Meistens wird weniger angegeben, als was ein qualifizierter Arbeiter verdient. Aber während diesem jeder Wenig Einkommen nachgerechnet werden kann, das dann mit der vollen Einkommensteuer versteuert wird, ist das bei den selbständigen Mittelständlern nicht der Fall. Hier ist das Finanzamt in den meisten Fällen auf Frau und Glauben angewiesen und nicht imstande, das richtige Einkommen nachzuweisen. Dieses Loch wird in

vielen Fällen benutzt, um durch das Steuernetz zu schlüpfen. Ein und wieder gelingt der Kaufmann eines höheren Einkommens, dann legt es eine Strafe, die aber selten so hoch ist, daß sie abschreckend wirkt. Aus der Zahl der neueren Fälle greifen wir einen heraus, der jetzt in der Tagespresse mitgeteilt wird und typisch ist.

Der Fleischermeister B. in Weighels hatte bei der Steuererklärung im Jahre 1927 seinen Umsatz mit 70 409 Mk., sein Einkommen mit 7428 Mk. angegeben. Das Finanzamt errechnete dagegen 79 000 Mk. Umsatz und 10 150 Mk. Einkommen. Im Jahre 1928 errechnete das Finanzamt sogar mehr als das Doppelte des Einkommens, das B. angegeben hatte. Wegen Steuerhinterziehung im ersten Falle wurde B. zu 10 000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im zweiten Falle wurde er freigesprochen. Gegen das Urteil legte B. die Beschwerde ein, die der Senat am 1. April 1929 im Sinne des Finanzamts zurückwies. Nachdem noch ein Gutachten des Reichsfinanzhofs eingeholt worden war, das das Vorliegen der Steuerhinterziehung in beiden Fällen bejahte, wurde die Berufung des Angeklagten auf seine Kosten verworfen und er zu weiteren 10 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der sehr ehrenwerte Fleischermeister, der sich wahrscheinlich in seiner Heimatstadt als großer Patriot auszeichnen wird, hat also nichts darin gesehen, sein Vaterland, das er so sehr liebt, jährlich um eine Steuersumme von mehreren hundert Mark zu betrogen. Er hatte unter tausenden, die man im ganzen Reich finden kann — das Reich, das ihm das Finanzamt auf die Schläge kam und angeteilt. Aber er hatte wiederum das Glück, daß die Geldstrafe, die ihm das Gericht aufertrug, so niedrig war, daß er gar keinen so großen Schaden bei dem Geschäft

erlitt. Manch armer Teufel, der in der Not seinen Mitmenschen um ein paar Mark betriegt, wandert ins Gefängnis. Den ehrenwerten Steuerbetrüger paßte es etwas nicht, da ihm es mit Geld abzumachen. So wird bei uns öffentliche Moral gelähmt.

Wie fast das Uebel der Steuerhinterziehungen ist, beweist eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums an den Reichstag, die über die Such- und Betriebsprüfungen im Jahre 1930 Auskunft gibt.

In nicht mehr als 57 683 Fällen mußten mehr Steuern festgestellt werden. Im einzelnen ergibt sich aus der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums folgendes: Insgesamt sind

im Jahre 1930 auf Grund der Such- und Betriebsprüfungen rd. 135 Millionen Mark an Rückstellungen und 31 Millionen Mark an Landessteuern mehr festgesetzt worden.

Die Geldstrafen betragen insgesamt 3 700 000 Mark. Der größte Teil der Mehrsteuern entfällt auf die Körperschaftsteuer, bei der allein 78 Millionen Mark mehr festgelegt wurden. Dann folgt die Einkommensteuer mit 62 Millionen. Bei der Vermögenssteuer sind es 12 Millionen, bei der Umsatzsteuer 11 Millionen.

Die festgesetzten Geldstrafen in Höhe von 3 Millionen Mark entfallen fast ausschließlich auf die Einkommensteuer.

Die meisten Fälle, in denen höhere Steuern festgesetzt werden mußten, nämlich 6200, fielen im Bundesfinanzamt Bezirk Berlin zu verzeichnen. Dann folgen Breslau mit 5200 Fällen, Magdeburg mit 4200, Düsseldorf mit 3500, Hannover mit ebenfalls rund 3500 Fällen und Stuttgart mit 2900 Fällen. In der Höhe der festgesetzten Mehrsteuern markiert gleichfalls Berlin

an der Spitze mit rund 37 Millionen. Dem folgen Düsseldorf mit fast 30 Millionen, Münster mit 15 Millionen, Leipzig mit 12 Millionen und Köln mit 11 Millionen. Bei den Landessteuern liegt der Landesfinanzamtsbezirk Köln an der Spitze mit 4 1/2 Millionen Mark Mehrsteuern. Dann folgen Berlin mit 4,2 Millionen, Stuttgart mit 2,2 Millionen und Karlsruhe mit 2,1 Millionen. Die meisten Geldstrafen wurden im Bundesfinanzamtsbezirk Leipzig verhängt, nämlich 679 000 Mk. Dann folgen Unterweser mit 603 000 Mk., Dresden mit 448 000 Mk. und Stuttgart mit 256 000 Mk.

Es sind, wie gesagt, die wenigsten Fälle von Steuerhinterziehungen, die nachgewiesen werden können. Und trotzdem in einem Jahre nur 166 Millionen Mark Steuern, die zu wenig gezahlt wurden auf Grund der Geheimhaltung der Einkommen durch alle diejenigen, die nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Finanzämter eher nachsichtig als rigoros bei der Kadpung dieser Einkommen sind. Man könnte getrost die zu wenig gezahlten Steuern auf mindestens das Zweifache (schäme, was nach der oben erwähnten Denkschrift

eine Steuerhinterziehung von jährlich über einhundertmalige Milliarde Mark

bedeutet. Es ist deshalb nicht zuviel gesagt, daß es um die öffentlichen Finanzen bedeutend besser lände, wenn es nicht soviel Steuerbetrüger gäbe. Wenn es gelänge, hier einen festen Damm zu errichten, dann brauchen so viele Deutsche nicht im Elend zu leben, und man brauchte sich nicht den Kopf zu zerbrechen, wie und wo man sparen soll. Das Geld frei bestimmter Kreise über die hohen Steuern ist nicht so ungenüßig. Sie sind es, die im Verhältnis zu ihrem Einkommen noch zu wenig zahlen. Mit dem Geld frei mögen sie nur den Bauch entweiden, hinter dem sie ihre Betrügerlinge verborgen wollen. Es ist notwendig, daß man ihnen auf das Maul schlägt und ihnen sagt, daß sie am wenigsten das Recht haben, sich über die hohen Steuern zu beschweren. Wenn man sie sich genauer ansieht, wird man sie schon herausfinden. Man wird taunnen, wie schnell man sie klein kriegt.

Bereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg, Sekretariat Halle a. S., Burg 42-44, Sonntag, 2 Treppen. Fernruf 2150 und 3202. Folgeblätter 2 Treppen. Fernruf 31303

Salle

Arbeiter-Vollfahrt, Sonntag, den 23. November, 10 Uhr in Gesellschaftsbüro: Fortbildung.

Fruchtgruppe, Dienstag, den 24. November im Volkshaus (Rottkammer): Buchbesprechung über den Bauernstand. Jährliches und monatliches Einkommen im Bild. Gabe fünf mitkommen. Wir bitten, an die Spenden zur Weihnachtsfeier zu denken.

Aus dem Bezirk

Reisezug, Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr im „Zoo“: große Funktionärsfeier. Sämtliche Parteifunktionäre einig. Einbrenntensfeier. Festen müssen erziehen. Schriftliche Einladung ergibt i. d. Z.

Reisezug, 033 Gruppe Nord: Dienstag, den 24. November: Politisch-literarischer Abend. Freitag, den 27. November: Streikabend. Sonntag, den 29. November: Gemeinabend.

Gruppe Süd: Dienstag, den 24. November: Politischer Kreisabend. Freitag, den 27. November: Streikabend. Sonntag, den 29. November: Gemeinabend.

Werbt neue Leser!

Reichsbanner • Schwarz-Rot-Gold
Vollständiger Kreislauf und Preisliste L. V.

Ortsverein Halle.
Jeden Dienstag 10 Uhr Turnstunde in der Zeilmühle.

Neue Welt Kalender

1.9.3.2
104 Seiten stark, mit vielen Abbildungen... nur

50 Planig.
Bestellungen nehmen unsere sämtlichen Zeitungs- austräger entgegen (siehe

Volkshaus-Buchhandlung

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Stadttheater

Deute, Montag, 10-22 Uhr
Der zweite Spelling Romädie von H. Schurp
Dienstag, 20 bis gegen 23 Uhr
König Lear
Zweites Spiel von Shakespeare

Walhalla

Anfang 8 Uhr
Tel. 283 85.
Nachmittags Lage

Der Zigeunerbaron

Meisteroperette von Johann Strauß

Billige Betten!

3. Davi 25.- 30.
Linterbett 15,50 20.
Riffen . . . 5,50 Mk.
Betzig, Str. 69
im Laden

Eilenburg-Torgau

Preiswert und gut
tauren Sie Manufaktur u. Mode- waren, Erzeugnisse u. Strümpf- Damen-Konfektion bei

ROST, Torgau

Wittenberger Str. 3, Telefon 51
Wittalied des Habotte-Druckereis.

Preiswert und gut

Lebensmittel, Drogen und Farben

Germania-Drogerie

A. Grube
TORGAU, Paradeplatz 14

Schauburg

Ab morgen, Dienstag:
Ein Kriminal-Roman, wie er packender, interessanter und spannender seit langer Zeit nicht zu sehen war!

Die Mutter

Ein fruchtbringendes Militärschauspiel aus vergangenen Tagen mit

Die Mutter der Kompagnie

Ein fruchtbringendes Militärschauspiel aus vergangenen Tagen mit

Wald Fördi von Münchener Platz

Leo Penkert, Gert Heid, Paul Heidemann, Betty Bird.
Hierzu das gute Vorprogramm und die hochaktuelle
Fox tönende Wochenschau
Beginn 4.00 6.10 8.20 Uhr

Kolossal billig

Nur infolge Wirtensfrage unserer Dampfheute nur
Montag und Dienstag Ware in bekannt. Güte:

Schellfisch, Kabeljau

Goldbarsch, Seelachs 19
alles ohne Kopf 2/3
Dieses Mal grünpfand Bund 2/3 mehr.
Nichtes ohne Haut und Gräten . . . 403
Karbonaden, brutterig . . . 353
Nach unseren Kochbüchern zubereitet ist der
Gewinn eine Delikatess. Kochbücher gratis

Herrenzimmer

komplett Eiche und Nußbaum
poliert.
320.- 450.- 545.- 615.-
725.- 850.- 950.-
Gebr. Jungblut
Abrechtstr. 31

Umzüge

führen billigst aus
Halle'sche Eilboten
Jägergasse 2 Fernr. 21422

F. E. M.

Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Friedrich-E.
Mersburg, Bismarckstraße 38

Arbeiter Wohlfahrt

50
Doppellose 1.- RM.
Porto und Liste 30 Pfg. extra

500 000

Höchstgewinn auf ein Doppellose im Werte von RM.

60 000

Höchstgewinn auf ein Einzellose im Werte von RM.

30 000

2 Hauptgewinne im Werte von je RM.

20 000

3 Hauptgewinne im Werte von je RM.

15 000

U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe

mit 10 Losen 5 RM.
mit 20 Losen 10 RM.
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 50 Prozent ausbezahlt.
Lose sind zu haben bei den Funktionären der Arbeiterwohlfahrt und an den durch Plakate ermittelten Stellen.

Herrenzimmer

komplett Eiche und Nußbaum
poliert.
320.- 450.- 545.- 615.-
725.- 850.- 950.-
Gebr. Jungblut
Abrechtstr. 31

Umzüge

führen billigst aus
Halle'sche Eilboten
Jägergasse 2 Fernr. 21422

F. E. M.

Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Friedrich-E.
Mersburg, Bismarckstraße 38

Was sollte man lesen ...?

Freit Kerson, Kapitalistische Wirtschaftsarchitektur und Arbeiterklasse" 0,30

Otto Landberg, "Politische Krise der Gegenwart" 0,25

St. Abramowitz, "Wandlungen der bolschewistischen Diktatur" 0,25

S. P. Mayer, "Friedrich Engels", "Karl Marx" . . . je 1,00

"Der Moskauer Prozeß und die Soc. Arb.-An." 0,45

Nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken

Volkshaus-Buchhandlung

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27

Gaststätten

im Kreise Merseburg-Querfurt die sich empfehlen.

Bad Leuchstädt; „Stadt Kötzburg“ (W. Schmidt)

Cröllwitz; Gollhaus Cröllwitz (Helene Bettele)

Corbetha; „Zur frohlichen Fintche“ (Herm. Wagner)

Bad Dürrenberg; Gollhaus „Zum Grablerweg“ (F. Salwerba)

Groß-Kayna; Gollwirth „Zum goldenen Auer“ (Chme)

Geyerhaus Schramm, Werftritz

Kätschhausen; Gollhaus „Zur Mühle“ (Kurt Franke)

Leuna; Gollhaus „Wälder Hof“ (Georg Hamann)

Hotel und Restaurant „Zum Gold-Ring“

Restaurations „Neuzeitlich“ (Kurt Anpke)

„Zum besseren Bild“ (E. Gläner)

Lützen; „Berggarten“, „Schäfershaus“

„Stadt Kötzburg“

Merseburg; Gollhaus „Goldener Stern“, Gollwirthstr. 22

„Dohndorf“ (Anpke), Zeitstraße 15

Gollwirthstr. Dr. Baumg., Schmaltestraße 14

Café Sammler, Dr. Stettinstraße 5

Gollwirthstr. Schröder, Große Zeitstraße 7

Hotel „Goldene Sonne“

„Reich Schauenhaus“, Rumburger Str.

„Reichlicher Bier“, (W. Gläner)

„Reich-Gast“ (Schulz), Halle 4

„Drei Schwäne“, Wäldersfelder Straße 12

„Schwarzes Roth“ (Hipp), Zeitstraße 6

„Stroh“ (Citz Sem), Gollwirthstraße 5

Gollwirthstr. Horn, Rumburger

„Zur guten Quelle“, Gollwirthstraße

Meuscha; Raffschau Meuscha (Paul Schneider)

Mücheln; Gollwirthstr. 22

Niederbunna; Gollhaus Citz Jähns am Bahnhof

Neudörsen; „Zur goldenen Sonne“ (Dr. Baich)

Gollhaus „Zur Wäldersfelder“ (Citz Zänger)

Robleben; „Deutsches Haus“ (Marie Feibe)

Schleifau; Gollhaus „Wälder Hof“ (Georg Wälder)

Restaurant „Wäldersfelder“ (H. Anpke)

Jede Stelle kostet monatlich 1.- RM.

Der Betrag wird mit dem Bezugspfad eingezogen

